

## Debatte schlug Bogen vom Zentralabitur zu Art des Lehrens und Lernens

### Zukunft der gymnasialen Oberstufe konträr beurteilt

Die CDU-Opposition hat sich im Landtag für ein leistungsstarkes und zukunftsorientiertes Gymnasium eingesetzt und in einem Antrag die Forderung erhoben, die Oberstufe zu reformieren. Die Koalition von SPD und GRÜNEN lehnte dieses Ansinnen ab. Der CDU-Antrag wurde an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung überwiesen. Dort soll die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen (Drs. 12/3122).

**Bernhard Recker** (CDU) erklärte, die CDU stehe nicht allein mit der Meinung, daß die sogenannten Qualitätsmaßnahmen von Schulministerin Behler bei weitem nicht ausreichen und widersprüchlich und halberzig seien. Recker nannte Beispiele: Die Ministerin fordere eine Verschärfung der Versetzungsordnung für die Hauptschule, für die Realschule und für das Gymnasium, gleichzeitig halte sie an der Abschaffung jeglicher Versetzungsbestimmungen für die Gesamtschule als sogenanntem pädagogischen Fortschritt fest. Die Reform der gymnasialen Oberstufe sei gescheitert. Die gymnasiale Oberstufe müsse deshalb dringend grundlegend umgestaltet werden, wenn man die Zukunftschancen vieler junger Menschen wirklich verbessern wolle. Politik befinde sich in der Verantwortung, aufgrund aktueller Daten dafür zu sorgen, daß Abiturienten wieder eine solide Allgemeinbildung und eine wirkliche Studierfähigkeit erhielten. Das sei nur zu erreichen, wenn bestimmte Kernfächer nicht abwählbar seien.

**Friedrich Schepsmeier** (SPD) erinnerte daran, daß vor nicht einmal zwei Jahren ein Beschluß im Landtag gefaßt worden sei, in dem es um die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe gegangen sei, und in

dem begründet und angeknüpft an den Diskussionsstand in der Wissenschaft und in anderen Bundesländern hier Richtlinien gesetzt worden seien, die diametral dem entgegenstünden, was die CDU jetzt einfordere. Es werde also im Antrag der CDU nicht weniger gefordert, als daß der Landtag eine Kehrtwende innerhalb kürzester Zeit machen solle, ohne daß inhaltliche Begründungen aus der Oberstufe selbst heraus gegeben würden. Es werde darüber hinaus beantragt, daß NRW ausschere aus einem vor einem guten Jahr einstimmig in der Kultusministerkonferenz gefaßten Beschluß zur Weiterentwicklung der reformierten Oberstufe, der auf diesem Gutachten beruhe. Im übrigen bezeichnete der Abgeordnete das von der CDU geforderte Zentralabitur als keine geeignete Antwort auf die Herausforderungen der gymnasialen Oberstufe.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) machte darauf aufmerksam, nachdem 1997 eine Kompromißlinie von der Kultusministerkonferenz gefunden worden sei, hätten sich Bayern und Baden-Württemberg daran gemacht, mit eigenmächtigen Positionen den Konsens zu verlassen. Es sei zu erwarten gewesen, daß die CDU in NRW auf diesen Zug springe, und es sei eine Frage der Zeit gewesen, wann sie es tue. Das schlechte Abschneiden von bundesdeutschen Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe II des Gymnasiums und der Gesamtschule im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht sei als Message der internationalen Leistungsvergleichsstudie begierig von der CDU aufgesogen worden. Aber die CDU habe sich zu früh gefreut. Sie sei mit ihrer unkritischen Rezeption der Studie dieser auf den Leim gegangen; denn das Gutachten des Max-Planck-Institutes habe einräumen müssen, daß die veröffentlichten

Länderlisten methodisch problematisch seien.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) betonte, es sei klar: nicht das Zentralabitur, nicht der Klassenverband, nicht die Schulstruktur begründeten Leistungsunterschiede, sondern die Art wie gelehrt und wie gelernt werde. Sie sage einmal dazu: Lehrerinnen und Lehrer wüßten eigentlich, daß das entscheidende Moment und der entscheidende Impuls sei. Es komme nämlich darauf an, ob fachlich komplex oder wie fachlich komplex gelernt werde, ob in Anwendungssituationen gedacht und gelernt werde, ob auf der Grundlage eines verfügbaren Grundlagenwissens unterschiedliche Lösungsansätze zugelassen würden. An all diesen Punkten gebe es aus ihrer Sicht eindeutig Nachholbedarf. Es seien bloß in der Regel nicht die Forderungen gewesen, die aus den Reihen der Opposition bisher gekommen seien. Wenn es um Anwendungsbezug, um stärkere Praxisorientierung des theoretischen Lernens gegangen sei, habe die CDU mehr hehre Ziele in Gefahr gesehen. Es sei also nicht gerade die Richtung gewesen, in die die CDU habe Schulen entwickeln wollen.

**Dr. Hans Horn** (CDU) meinte, die Reform der reformierten Oberstufe sei gerade in NRW reformbedürftig. Er erinnerte daran, daß bereits 1993 schon gewisse Beschränkungen der Wahlfreiheit durchgeführt worden seien, als man erkannt habe, daß die Freiheit der Wahl allzu bunte Blüten getrieben habe. Nun hätten die Kultusminister weitere Schritte ins Auge gefaßt, um die Qualität der allgemeinen Hochschulreife zu sichern, die Studierfähigkeit zu verbessern und den Übergang in eine berufliche Ausbildung zu gewährleisten. Die Schulministerin solle jetzt entsprechende Konsequenzen mit einer Neufassung ziehen, nämlich der Verordnung über den Bildungsgang und die Abiturprüfung der gymnasialen Oberstufe.



Am Rande des Plenums: v. r. der ehemalige Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), Landtagspräsident Ulrich Schmidt, der neue Regierungschef Wolfgang Clement (SPD) sowie der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Michael Vesper (GRÜNE). Foto: Schälte

### Gentechnologie ...

(Fortsetzung vor Seite 13)

hig und fachlich fundiert in den Ausschüssen reden.

**Rudolf Henke** (CDU) erklärte in einem weiteren Beitrag, die Arbeitsplätze entstünden natürlich nicht nur im Bereich der Pharmazie, sondern sie entstünden beispielsweise auch im Bereich von Pflanzenschutz. Sie entstünden auch in anderen Anwendungsbereichen der Bio- und Gentechnologie. „Aber Sie erklären, Sie träten dafür ein, im Bereich der Lebensmittel ein EU-weites Verbot zu erreichen.“ Dies sei der Punkt, an dem er sage: in dieser Frage müsse der Ministerpräsident entscheiden. Herr Clement müsse das, was er bisher als Wirtschaftsminister vorgetragen und behauptet habe, nun zur Richtschnur der Landesregierung machen.